



GREEN BUDGET GERMANY

FORUM ÖKOLOGISCH-SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Montag, 23. 08. 2010

## Süddeutsche Zeitung

..... Druckausgabe .....

### **BRENNSTOFF VOM STEUERZAHLER**

**Seit den fünfziger Jahren haben die Energiekonzerne 165 Milliarden Euro an Subventionen erhalten - nur deshalb können sie Atomstrom so günstig produzieren**

Von Claus Hulverscheidt

Wenn in den Marketing-Abteilungen großer Unternehmen darüber sinniert wird, wie man einen deutschen Kunden so richtig emotional zu packen kriegt, kommen die Experten beinahe immer zum gleichen ernüchternden Ergebnis: über den Preis. Diese Erkenntnis nutzten letzte Woche auch die Chefs der vier großen Energiekonzerne, als sie gemeinsam mit befreundeten Topmanagern und Prominenten davor warnten, voreilig aus der Atomenergie auszusteigen und überdies den Kraftwerksbetreibern hohe Steuern aufzubürden. Die Bürger wollten ja sicher nicht auf eine 'bezahlbare Energieversorgung' verzichten, hieß es in Anzeigen, die in vielen Zeitungen, darunter der SZ, erschienen.

Dass Atomstrom die billigste Form der Energieerzeugung in Deutschland sein soll, ist eines der zentralen Argumente, mit denen sich Ausstiegsbefürworter seit Jahrzehnten herum-schlagen müssen. Die Behauptung ist, wie so oft im Leben, richtig und falsch zugleich: Sie ist richtig, weil die Kilowattstunde Strom der-

zeit tatsächlich nirgendwo so günstig produziert werden kann wie in einem modernen Kernkraftwerk. Und sie ist falsch, weil sie unterschlägt, dass Atomenergie nur aus einem einzigen Grund so billig ist: weil es den Konzernen in den vergangenen sechs Jahrzehnten gelungen ist, Forschungs-, Entwicklungs-, Sicherheits-, Entsorgungs- und Bürokratiekosten in dreistelliger Milliardenhöhe, die sie zumindest zum Teil hätten selbst zahlen müssen, einem Dritten unterzujubeln - dem Steuerzahler nämlich.

Nach einer Untersuchung des Forums für Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag der Umweltorganisation Greenpeace hat der Staat die Atomindustrie im Zeitraum 1950 bis 2008 mit - in heutigen Preisen gerechnet - 165 Milliarden Euro unterstützt. Die Summe setzt sich zusammen aus Direkthilfen in Höhe von 61 Milliarden Euro, die unter anderem für die Erforschung neuer Technologien, die (immer noch erfolglose) Suche nach einem Atommüll-Endlager und die Sicherung von Castor-Transporten ausgegeben wurden. Hinzu kommen Steuervergünstigungen in Höhe von 65 Milliarden und Regulierungsvorteile etwa durch einen gewollt unvollständigen Stromwettbewerb im Umfang von 39 Milliarden Euro. Die heute schon bekannten künftigen Förderkosten belaufen sich auf weitere 93 Milliarden Euro.

Die Zahlen sind umso erschreckender, als sie die Kosten eines möglichen nuklearen Mega-

Unfalls noch gar nicht berücksichtigen. Die Kraftwerksbetreiber sind gegen einen solchen Unfall nicht ausreichend haftpflichtversichert, im Notfall müsste entsprechend der Staat einspringen. Je nachdem, wen man fragt, hat diese sogenannte Unterdeckung den vier Atomriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall seit 1950 Kosten zwischen 4,2 Milliarden und 11,4 Billionen Euro erspart.

Zu den beinahe skurrilen Details der deutschen Atomgeschichte zählt, dass die Unternehmen eines ihrer lukrativsten Privilegien ausgerechnet der einstigen rot-grünen Koalition verdanken: Als Dankeschön für den Atomausstiegsbeschluss des Jahres 2000 verzichtete die damalige Regierung darauf, die Rückstellungen der Konzerne für den späteren Abriss der Atommeiler zu besteuern. Laut Studie wurden die Firmenkassen damit um über 20 Milliarden Euro geschont.

Das Fazit der FÖS-Untersuchung ist deshalb eindeutig: 'Hätten die Atomenergiebetreiber in der Aufbauphase auch nur einen relevanten Teil der Kosten selbst tragen müssen, wäre diese Technologie nie eingeführt worden.' Der Fairness halber muss allerdings hinzugefügt werden: Dieser Satz gilt für andere Energieträger vermutlich auch.

**Quelle: Süddeutsche Zeitung  
Nr.193, Montag, den 23. August 2010 , Seite 2**